

Protokoll
Informationsgespräch über eine mögliche Alternativtrasse ALT_091

am: Freitag, 21.11.2014
Ort: Forum der IGS, Meyenfelder Str. 8 - 16
Beginn: 17 Uhr
Ende: 20.42 Uhr
Besucheranzahl: rund 600 Bürgerinnen und Bürger

Anwesende:

Bürgermeister Dr. Christian Grahl
Stadtbaurat Frank Hauke
Carolin Kürth, Fa. TenneT TSO GmbH
Rainer Maedge, TenneT TSO GmbH
Dr. Andreas Stamm, TenneT TSO GmbH
Benjamin Irvin, Stadt Garbsen
Roman Brinkop, Stadt Garbsen
Marco Rühmkorf, Stadt Garbsen
Sigrid Ullmann, Stadt Garbsen
Dr. Hendrik Hoppenstedt, MdB
Stefan Birkner, MdL
Michael Koch, Fachbereichsleitung Stadtentwicklung, Stadtplanung und Bauberatung,
Stadt Garbsen

Bürgermeister Dr. Grahl zeigt sich erfreut über die große Resonanz seitens der Bürgerinnen und Bürger und äußert Zweifel an der Objektivität der Planungen.

Stadtbaurat Frank Hauke stellt die Mitarbeiter der TenneT TSO GmbH vor und übernimmt die Moderation der Informationsveranstaltung.

Frau Kürth stellt anhand einer Präsentation das geplante Projekt vor. Sie erläutert, welche Kriterien bei einer Trassenplanung berücksichtigt werden.

Ortsbürgermeister Jürgen Haase tritt als Sprecher der Bürgerinitiative Osterwald vor und überreicht 2.893 Unterschriften gegen die geplante Trasse. Er trägt vor, dass ökonomische, ökologische und sicherheitsrelevante Faktoren bei der Auswahl der Trassenführung nicht erkennbar seien. Ebenso sei der zeitliche Ablauf nicht nachvollziehbar und inakzeptabel.

Ortsbürgermeister Franz Genegel überreicht für das Gebiet des Orsrates Garbsen ebenfalls eine Unterschriftenliste und weist darauf hin, dass die mögliche Trasse wichtige Naturräume durchschneiden würde.

Herr Heinz-Fred Schenk, Vorsitzender des Heimatvereins Frielingen, überreicht rund 500 Unterschriften gegen die Trasse. Er weist darauf hin, dass Frielingen in der Siedlungsbegrenzungszone liege und dadurch bereits eingeschränkt sei.

Frau Angela Thimian-Milz, Arbeitsgemeinschaft Dorf Meyenfeld, übergibt ebenfalls eine Unterschriftenliste und weist darauf hin, dass unter Berücksichtigung von gesundheitlichen Aspekten der gesamte Ballungsraum Hannover zu umgehen sei. Niedersachsen biete an anderer Stelle weniger besiedelte Flächen.

Frau Helga Kania, Ortsratsmitglied im Ortsrat Horst, übergibt für den Stadtteil Schloß Ricklingen eine Unterschriftenliste.

Herr Ulf Hinze, Bürger aus Horst, übergibt 1.460 Unterschriften und kritisiert in erster Linie die Eile des Verfahrens.

Herr Jens Engel, Steinwartskamp in Horst, übergibt eine Protestnote und fordert die Verwerfung der Trasse ALT_091.

Waldemar Wachtel, NABU, weist auf die zahlreichen betroffenen Schutzgebiete hin. Er macht deutlich, dass notfalls der Rechtsweg bis hin zum OGH beschritten werde. Die Betonsockel für die Masten als auch die Muffenverbindungen für Erdkabel seien Bauwerke in der Landwirtschaft. Auch sei der Vogelschutz bei den oberirdischen Leitungen zu berücksichtigen. Man solle die Speichermöglichkeit für Strom weiter entwickeln, ein Strommanagement sei wichtig.

Dr. Hendrik Hoppenstedt, MdB, kritisiert die Verfahrensweise. Aufgrund anonymer Hinweise würden die Bereiche östlich und westlich von Hannover gegeneinander ausgespielt. Die ursprüngliche Trasse sei durch alle Dörfer Burgwedels geplant. Im Wahlkreis gebe es 305.000 Personen, davon allein 60.000 in Garbsen. Er setze sich dafür ein, dass die Planungen für ALT_091 eingestellt werden. Er vermute, dass nach Abschluss aller Prüfungen und unter Berücksichtigung aller Kriterien, eine Trassenführung durch Garbsen nicht umgesetzt würde.

Stefan Birkner, MdL, rügt den zeitlichen Rahmen. Dem Land Niedersachsen sei bekannt, dass ein Antrag bis Ende 2014 gestellt werden soll. In diese Antragsunterlagen können Hinweise und Anregungen eingearbeitet werden. Er macht deutlich, dass es nicht gewünscht sei, dass der Antrag überhaupt zwecks Prüfung zur Bundesnetzagentur geschickt werde. Aufgrund der zeitlichen Vorgaben blieben TenneT nur rund 3 Wochen für die Überarbeitung. Die geplante Trasse sei eine Verkabelungs-Pilotstrecke. Wo die Umsetzung einer Erdverkabelung möglich sei, werde sie auch entsprechend durchgeführt. Die Erdverkabelung sei gesetzlich möglich.

Michael Koch, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung, Stadtplanung und Bauberatung, merkt an, dass das Land Bayern bislang noch nicht zugestimmt habe, grundsätzlich eine Trasse von TenneT bauen zu lassen. Eine Entscheidung werde vor März 2015 nicht getroffen. Vor dieser Entscheidung sollte die Trasse nicht weiter geplant werden.

Herr Hauke rügt, dass es seit dem Frühjahr 2014 Alternativ- und Landesvarianten gebe, die Kommunen darüber jedoch nicht informiert worden seien.

Folgende Hinweise wurden aus den Reihen der Bürgerinnen und Bürger gegeben:

In den Straßendörfern sei der Abstand von 400 m zur Ortsmitte nicht anwendbar.

Zu wenig Zeit für ausreichende Informationen, zu wenig Transparenz. Ein Link sollte veröffentlicht werden, um Zugriff auf die Basisdaten zu haben, damit die Beurteilung nachvollzogen werden könne.

Einzelne Häuser zwischen beispielsweise Osterwald Unterende und Frielingen stünden unmittelbar neben der Trasse.

Auf das Energieleitungsausbaugesetz wird verwiesen. Demnach dürfe eine Trasse zwischen Horst und Meyenfeld nicht umgesetzt werden. Am 7. Juli 2014 sei in der Presse ein Artikel erschienen, in dem es hieß, dass eine Erdverkabelung nicht vorgesehen sei.

Die Trasse führe zwei Mal über die Leine. Auch FFH-Gebiete wären betroffen. Das Gebiet ist jährlich überflutet.

Für den bestehenden Projektplan existiere keine Gesetzesgrundlage.

Wenn die Ursprungsplanung (bisher ausschließlich oberirdische Leitungen) mit Erdleitungen geplant würde, sei diese wieder besser einzustufen als ALT_091.

Die gesundheitlichen Auswirkungen des Elektrosmogs seien noch unklar.

Der Bereich der Wedemark sei auch stark von den Planungen betroffen. Eine Information der Bürger habe dort noch nicht stattgefunden.

Falls langfristig noch eine Leitung hinzugefügt werden würde, sei zu befürchten, dass bei höherer Leistung der Leitungen der Abstand von 400 m zur Bebauung nicht mehr ausreiche.

Man fürchte den Wertverlust der eigenen Immobilie.

Die ehemalige innerdeutsche Grenze sei schwach besiedelt und böte sich für die Trasse an.

Bezüglich etwaiger Magnetfelder bestünden noch keine Langzeituntersuchungen im Hinblick auf die Wirkung auf Menschen.

Durch die Trasse könnten Gerüche entstehen, die durch Wind in die Städte getragen würden.

Das Pilotprogramm sehe 380 KV vor, hier seien aber 500 KV geplant.

Auswirkungen auf das Funknetz (Radio, Feuerwehr, Funkdienste des Flughafens, Amateurfunker) werden befürchtet.

Man solle sich mit den beiden Flughäfen bezüglich des Funkverkehrs in Verbindung setzen.

Am 25.11.2014, 19 Uhr, findet im Freizeitheim Vahrenwald eine Informationsveranstaltung zu dem gesundheitlichen Aspekt statt.

Bislang sei kein kompletter Zeitplan veröffentlicht worden.

Folgende Fragen wurden von den Bürgerinnen und Bürgern gestellt:

Welche Kriterien haben konkret zu der Trassenführung geführt?

Inwieweit wurden die Schutzgebiete berücksichtigt (Natura 2000)?

Wie wird das geschützte Gebiet der Moorgeest berücksichtigt?

Wurden die Flughäfen Langenhagen und Wunstorf berücksichtigt und fließen die jährlich rund 76.000 Flugbewegungen in die Bewertung ein? Manche Flugzeuge fliegen in einer max. Höhe von rund 100 m.

Wie können die heutigen Einwände noch berücksichtigt werden, wenn Ende des Jahres die Pläne feststehen sollen?

Stand die Trasse ALT_091 von vornherein zur Diskussion, oder erst nach Gegenwehr der Bürger?

Warum wurden die Kommunen nicht von vornherein angesprochen und beteiligt?

Es hieß, man stehe mit den Planungen ganz am Anfang. Werden nach den Vorschlägen durch TenneT für die verschiedenen Korridore für die Entscheidung der Bundesnetzagentur bereits die Weichen gestellt?

Mit welcher Gewichtung fließen die anonym gemachten Eingaben in die Entscheidung ein?

Wie werden die landwirtschaftlichen Flächen beeinträchtigt? Können die Felder noch uneingeschränkt beackert werden? Wenn der Elektrosmog die Ernte beeinträchtigt, wird dann ein Schadensausgleich gezahlt?

Wie kann die Erdverkabelung in dem Überschwemmungsgebiet der Leinemasch umgesetzt werden?

Wird mehr Zeit gewährt, bis der Antrag an die Bundesnetzagentur eingereicht wird?

Was passiert, wenn die eigene Immobilie der Trasse im Weg sei?

Wieviel Prozent der Trasse werde überirdisch verlaufen?

Stellungnahme von den Vertretern der TenneT TSO GmbH:

Man befinde sich noch außerhalb des behördlichen Verfahrens. Bisher sei es nur ein Vorverfahren. Es sei ein „Grobkorridor“ aufgrund der Raumwiderstandsanalyse ermittelt worden. Genauere Prüfungen würden später von der Bundesnetzagentur durchgeführt. Die Raumwiderstandsanalyse beinhalte die Siedlungsbereiche, den Naturschutz und Engstellen. Diese Widerstände seien in den einzelnen Korridoren verglichen worden.

Es gebe keine Vorgaben für die Bürgerbeteiligungen.

Bis Sommer 2014 seien 22 Infomärkte entlang der Trasse durchgeführt worden, rd. 3.000 Eingaben / Anregungen seien eingegangen.

Die Alternativtrasse ALT_091 ersetze nicht den Ursprungsvorschlag.

ALT_091 sei oberirdisch nicht umsetzbar, eine Verkabelung sei notwendig, daher sei sie kein Favorit. Mindestens 1 km vor bewohnten Flächen würde sie unterirdisch verlegt.

Gesetzlich müsse eine Trasse 400 m von der geschlossenen Bebauung entfernt sein.

Die entstehenden Magnetfelder lägen zum einen im gesetzlichen Rahmen, zum anderen sei die Strahlung geringer als die des Erdfeldes und somit unbedenklich.

Sofern mehr Mittel zur Verfügung gestellt würden und somit eine Umsetzung mit Erdverkabelung finanzierbar sei, könne es zu einer Entscheidung der Bundesnetzagentur kommen, die Trasse durch das Stadtgebiet Garbsens zu führen.

Ein kurzfristiges Treffen mit Fachplanern der TenneT, Vertretern der Stadt Garbsen, Vertretern der Bürgerinitiativen werde angeboten.

Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung entlang der favorisierten Trasse (700 km Länge) sei durchgeführt worden. Durch die Bürgervorschläge seien weitere 1.800 km Strecke überprüft worden.

Anonyme Eingaben würden gleichberechtigt berücksichtigt. Der Hinweis, anonyme Eingaben nicht weiter zu berücksichtigen, werde für weitere Planungen als Anregung mitgenommen. Alle Stellungnahmen würden aber an die Bundesnetzagentur ohne Namensnennungen weitergeleitet.

Für Landwirte seien unter Beteiligung von Bauernverbänden Entschädigungssätze ausgehandelt worden. Lediglich tief wurzelnde Pflanzen könnten nicht mehr angebaut werden. In Lübeck sei Erdkabel verlegt worden, von den Landwirten seien keine Nachteile gemeldet worden.

Grundsätzlich könnten die Kabel auf eine Länge von ca. 900 m durch die Erde verlegt werden. Die technische Umsetzung für das Überschwemmungsgebiet in der Leinemasch wurde noch nicht untersucht, sei technisch aber beherrschbar.

Eine Frist für Eingaben der Bürgerinnen und Bürgern bis zum Jahresende 2014 bestehe nicht. Diese könnten auch später noch erfolgen.

Richtwerte würden bei einem Bau der Trasse eingehalten werden. Die Haftung trage das Unternehmen.

Die Eigentümer innerhalb von 30 - 40 m, gemessen von der Trassenmitte, würden entschädigt werden.

Ein Wertverlust für eine Immobilie werde nicht entschädigt.

Die ehemalige innerdeutsche Grenze ist ein Naturschutzgebiet (Harz, Elbe, Ocker). Daher sei die Umsetzung dort schwer möglich.

Die Trasse ALT_091 sei seit etwa September 2014 in den Unterlagen.

Die verschiedenen Korridore für die Trasse seien online und somit jederzeit einsehbar gewesen.

Die Vorzugstrasse verlaufe entlang der A 7. Mit diesem Vorschlag werde man in das Verfahren gehen.

Vor rund 20 Jahren seien durch Berlin ölhaltige Kabel verlegt worden. Die Verbindungen seien in Einzelfällen kaputt gegangen, daher sei eine Weigerung gegen die Erdkabel weit verbreitet. In Dänemark sei viel verkabelt worden, es habe einen großen Technologiesprung mit Kunststoffkabeln gegeben. Auf einer Rolle sei rund 1 km Kabel. Die Muffen müssten nicht mehr zugänglich sein, daher sei oberirdisch nichts zu sehen.

Bislang habe noch kein Gespräch mit den Flughäfen stattgefunden.

Den zeitlichen Ablauf gebe die Bundesnetzzentrale vor. Für die Fachplanung würden rund 2 Jahre benötigt. Endziel sei, im Jahr 2020 / 2022 mit der Leitung ins Netz zu gehen.

Es würden möglichst Strecken von ca. 3 km unterirdisch verlegt werden, um ein geschlossenes Stück zu behalten. Die Art der Verlegung bestimme aber die Bundesnetzzentrale. Man gehe aber für ein kurzes Stück nicht aus der Erde heraus.

Die Erdverkabelung sei rund 6 - 8 Mal teurer als die Hochleitung.

Die Erdverkabelung müsse bei Siedlungsnähe vorgenommen werden.

Auch in Überschwemmungsgebieten sei eine Trasse möglich. Entsprechende Fundamente für Masten bzw. analog der Erdverkabelung zu Bohrtürmen in der Nordsee.

Sigrid Ullmann
Protokollführerin